

“How to do inclusion” oder



Bildquelle Kreis Mettmann

Wie Wuppertal inklusiv(er) wird

Stadt Wuppertal

Ressort 201

Ansprechpartnerin

Inklusionsbüro, Sandra Heinen

Telefon: 563 2451

E-Mail: sandra.heinen@stadt.wuppertal.de

Vorab eine Begriffsklärung:

Der Begriff der **Integration** meint: Menschen mit Behinderungen sollen störungsfrei integriert werden. Integration zielt somit lediglich darauf ab, im Einzelfall Zugänge herzustellen und Menschen, die als anders gelten, hereinzuholen.

Inklusion zwingt darüber hinaus, die gesellschaftlichen Strukturen, also die als "allgemein" verstandenen Orte, Dienste und Einrichtungen, so zu gestalten, dass sie für alle Menschen von Anfang an sinnvolle Antworten bieten.

Wenn wir – in Anerkennung der Leistungen der traditionellen Behindertenhilfe und aller Fortschritte der letzten Jahre – die heutige Situation von Menschen mit Behinderungen betrachten, wird schnell erkennbar: Die mangelhafte Barrierefreiheit beim öffentlichen Nah- und Fernverkehr, die Schwierigkeiten, alternative Wohnangebote in funktionierenden sozialen Räumen zu finden, die übermäßige Erwerbs- und Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung, ihr schwieriger Zugang zur Regelschule und die noch zu geringe Integrationsquote, die Hürden beim Zugang zu allgemeinen Information, der Ausschluss vom Wahlrecht – dies alles zeigt, dass wir noch entfernt sind von einer inklusiven Gesellschaft, die Menschen mit Behinderungen ihre gesellschaftlichen Räume, ihre Dienste und Einrichtungen geöffnet hat.

Inklusion ist das Modell vom Zusammenleben, in dem Teilhabe ein Menschenrecht ist. Eine inklusive Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen wie Alter, Geschlecht, Zuwanderungsgeschichte, sexueller Orientierung, Begabungen, Behinderungen, chronischen Erkrankungen in allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt teilhaben können.

Die Forderung nach Inklusion will eine Gesellschaft, in der niemand **integriert** werden muss, weil niemand ausgeschlossen wurde.

Barrierefreiheit ist eine der zentralen Forderungen der UN Behindertenrechtskonvention. Der Abbau von Barrieren – damit ist auch die Barrierefreiheit in Einstellungen das heißt zur Verschiedenartigkeit von Menschen gemeint - käme dabei vielen zu Gute.

Der Begriff „Inklusion“ ist in den Medien und in Veröffentlichungen der letzten 6 Jahre oft verwendet worden. Die Öffentlichkeit hat darüber deutlich wahrgenommen, dass die Umsetzung von Inklusion im Bereich der Schule und Bildung bereits begonnen hat. Die Berichterstattung fand schwerpunktmäßig zu diesem Thema statt.

Die Frage was Inklusion bedeutet wird oft wie folgt beantwortet:

„Inklusion ? Das ist doch die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung...!“

Aber der Begriff beinhaltet viel mehr als nur das, er umfasst **alle** Lebensbereiche (Barrierefreiheit, Wohnen, persönliche Mobilität, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Rehabilitation, Teilhabe am politischen Leben, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung).

Inklusion ist damit eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft!

Arbeitgeber, Dienstleister und Einrichtungen müssen sich der Vielfalt ihrer Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, ihrer Kunden und Klienten weiter öffnen. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträger müssen Rahmenbedingungen schaffen und Ressourcen zur Stärkung einer inklusiven Gesellschaft bereitstellen.

Was ist erforderlich, um Menschen gleichberechtigt zu beteiligen?

Bereits seit den 80er Jahren werden Konzepte zur Sozialraumorientierung entwickelt und umgesetzt.

Die Notwendigkeit dies zu tun besteht bis heute. Die Sozialwissenschaften gehen weiterhin davon aus, dass das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Systeme gestört ist. Durch die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen werden besondere Gruppen (Kinder, Alte, Menschen mit Behinderung, Migrantinnen und Migranten, Obdachlose usw.) benachteiligt, isoliert oder ausgegrenzt.

Der demografische Wandel und der Zuzug Geflüchteter machen eine gesellschaftliche Neuausrichtung erforderlich. Für die Konzepte der Sozialraumorientierung ergibt sich daraus eine neue Aktualität.

Auch die Gemeinwesenarbeit/Sozialraumarbeit rückt wieder verstärkt in den Fokus. Diese Ansätze ermöglichen es den genannten ausgegrenzten Gruppen ihre Bedürfnisse und Interessen auszudrücken, umzusetzen und sich so am Leben in der Gemeinschaft zu beteiligen.

Der Sozialraum wird dabei nicht nur als ein einzugrenzendes Gebiet (Bezirk, Stadtteil, Dorf etc.) verstanden - er ist nicht nur räumlich zu erfassen - vielmehr gestaltet der Mensch durch seine Aktivitäten, Vorlieben und Beziehungen Sozialräume.

Beispiele für einen Sozialraum:

Zum Sozialraum eines 14 jährigen Jugendlichen gehören sowohl verschiedene Orte wie Schule, Schulweg, Jugendtreff, Skaterbahn, Sportplatz, Kaufhaus, informeller Treff neben der Tankstelle, Computerspiele, Facebook sowie die sozialen Beziehungen an diesen Orten , als auch Angsträume und no-go-Orte

Ein inklusive Sozialraum zeichnet sich dadurch aus, dass das selbstbestimmte und gemeinschaftliche Leben aller Menschen ermöglicht wird.

In einem inklusiven Sozialraum sind die folgenden Prinzipien der Menschenrechte umgesetzt:

- ▶ Chancengleichheit
- ▶ Nichtdiskriminierung
- ▶ Partizipation

(Partizipation: Die Mitwirkung und Einbeziehung aller im Sozialraum lebender Menschen ermöglicht die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, von den kleinen zu den großen Dingen des Lebens)

- ▶ Empowerment

(Empowerment: das sind Strategien und Maßnahmen, die den Grad an Eigenständigkeit und Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften erhöhen sollen)

- ▶ Transparenz
- ▶ Rechenschaftspflicht

(Rechenschaftspflicht. die Pflicht darzulegen was zur Umsetzung der Menschenrechte unternommen wird, Verletzungen der Menschenrechte sind anzuzeigen und die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen)

Diese Handreichung soll dazu dienen erste Schritte hin zu einem inklusiven Sozialraum zu begleiten.

Die Links in dieser Veröffentlichung dienen dazu weitere Informationen und Materialien (Checklisten etc.) abzurufen.

Was braucht es, um die Entwicklung eines inklusiven Sozialraums zu befördern?

Der inklusive Sozialraum

Merkmale eines inklusiven Sozialraums sind:

- ▶ Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung;
- ▶ Barrierefreiheit und Kultursensibilität;
- ▶ Begegnungs- und Netzwerk- sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen;
- ▶ Partizipation an Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen;
- ▶ Inklusion von Anfang an, d.h. Inklusion wird auch im Rahmen einer offenen Kinder- und Jugendarbeit und einer inklusiven Bildung berücksichtigt;
- ▶ eine Haltung, die alle einbezieht und niemanden ausschließt – Wertschätzung von Vielfalt und umfassender Teilhabe.

(aus Eckpunkte des Deutschen Vereins für eine inklusiven Sozialraum, als pdf-Datei im Download unter:

<https://www.deutscher-verein.de/de/presse-2011-inklusion-ist-gewinn-fuer-alle-menschen-1530,212,1000.html>)

Zur Schaffung inklusiver Sozialräume braucht es eine gemeinsame Strategie aller Akteure vor Ort.

Zwei Beispiele für Maßnahmen zur Umsetzung von Inklusion im Stadtteil / in der Gemeinde

Lokale Teilhabekreise

Die bundesdeutsche Initiative der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) entwickelt seit 2006 ein Konzept zur Förderung des gleichberechtigten Miteinanders und partnerschaftlichen Umgangs von Menschen mit und ohne Behinderung im Gemeinwesen. Um das Empowerment und die Partizipation von Menschen mit Behinderungen in der Kommune zu stärken, wurden vielerorts sogenannte „Lokale Teilhabekreise“ (LTK) gebildet.

„Zielsetzung von Teilhabekreisen ist es, die politischen Bedingungen vor Ort so mitzugestalten, dass die Belange von Menschen mit Behinderung gesehen, aufgenommen werden und ihre selbstbestimmte Teilhabe vor Ort gestärkt wird. Der Lokale Teilhabekreis vor Ort besteht aus einer Runde von Menschen mit und ohne Behinderung. Der Kreis entwickelt einen selbstverständlichen Umgang, sowie ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung im Gemeinwesen und knüpft Kontakte vor Ort.“

Maßnahmen

In den unterschiedlichen Teilhabekreisen gibt es eine große Bandbreite an Maßnahmen. Folgende Bereiche lassen sich in der bisherigen Entwicklung identifizieren:

- netzwerkbildende Maßnahmen (Durchführung von Stadtteilcafés, Stammtischen, Festen und Veranstaltungen)
- politische und bewusstseinsbildende Maßnahmen (z.B. Pressegespräche mit Politikern, Aktionstage, Demonstrationsveranstaltungen, Gründung eines Behindertenbeirates)
- Bildungsmaßnahmen (z.B. Workshops zu Gesprächstechniken, Gebärdendolmetschen, Weiterbildung zum Thema Partizipation)
- Kultur -und Freizeitmaßnahmen (z.B. Durchführung von Kunstausstellungen, Museumsbesuchen, Film- und Sportfesten)

Ein „Lokaler Teilhabekreis“ wird dann als erfolgreich eingeschätzt, wenn es ihm gelingt, die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gemeinde zu entfalten und zugleich die Selbstwirksamkeit und persönliche Vielfalt des Lebens durch sinnstiftende Aktionen erfahrbar werden zu lassen.

Weitere Informationen finden Sie hier: <http://www.cbp.caritas.de/83615.asp>

Der Realitäts-Check Inklusion

Unter dem Titel InklusionKonkret wurde von Januar 2014 bis Juni 2015 in Berlin ein Projekt durchgeführt, das zu einem die Zielsetzung hatte, Menschen mit Behinderung in Arbeit zu bringen, als auch die Arbeit der Berliner Stadtteilzentren inklusiv weiter zu entwickeln.

Aus dem Abschlussbericht des Projektes:

Ein zentraler Baustein der inhaltlichen Projektarbeit war die Entwicklung einer Evaluierung von Nachbarschaftseinrichtungen aus der Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer mit Behinderungen.

Der gesamte Prozess – von den ersten Ideen über die Fragenauswahl bis zu den Befragungen und Ergebnisdokumentationen – wurde von ausgebildeten Interviewern und Interviewerinnen mit Behinderung sowie von Nutzerinnen und Nutzerinnen mit Behinderung maßgeblich gestaltet und auf die Anforderungen der Häuser abgestimmt.

4 Nachbarschaftszentren begannen 2014 mit der Evaluierung ihrer Angebote:

1. Stadtteilzentrum Berlin-Pankow
2. Fabrik Osloer Straße Berlin-Mitte
3. Familienzentrum Finchleystr. Berlin-Tempelhof
4. Rabenhaus e. V. Berlin-Köpenick

Am 25. März 2015 wurden an diese vier Nachbarschaftseinrichtungen im Abgeordnetenhaus von Berlin und unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, die Signets „Realitäts-Check Inklusion“ als Zeichen der Wertschätzung für die begonnene Öffnung der Häuser verliehen.

Wie funktioniert der Realitätscheck für Inklusion?:

- ▶ Prinzip: Nutzer und Nutzerinnen mit Behinderung entwickeln Qualitätsstandards für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen
- ▶ Bildung von Entwicklungsgruppen aus Expertinnen und Experten
- ▶ Die Entwicklungsgruppen formulieren Fragen für den Realitätscheck Inklusion
- ▶ Ausgebildete Evaluatoren besuchen und bewerten Stadtteilzentren nach dem Realitätscheck
- ▶ Nueva-Signet wird entwickelt und an als inklusiv arbeitende Stadtteilzentren verliehen
- ▶ Erkenntnis: Stadtteilzentren entwickeln Schwerpunkte für „ihre“ inklusive Arbeit

(Weitere Informationen finden sich hier: <http://inklusionkonkret.info/projektvorstellung/>)

Wie können Institutionen im Stadtteil an die Umsetzung von Inklusion herangehen?

Das Wesen der Gemeinwesenarbeit/Sozialraumarbeit ist die Hilfe zur Teilhabe am Leben eines meist begrenzten Gebietes (Gemeinde, Stadtteil). Besonders benachteiligten Personen und Gruppen wird die Möglichkeit gegeben durch Solidarität und Kooperation im Gemeinwesen/Sozialraum ihre Interessen auszudrücken.

Selbstevaluation durchführen

Um Teilhabe und Inklusion umzusetzen, braucht es nach dem kommunalen Index für Inklusion eine „inklusive Kultur“ in den Einrichtungen, Diensten, Vereinen etc.

Zunächst sollte demnach in der eigenen Einrichtung, im eigenen Dienst, an einer inklusiven Haltung gearbeitet werden.

Im Sinne eines wachsenden Bewusstseins für ein gleichberechtigtes Miteinander können die folgenden Fragestellungen in den Einrichtungen/Diensten/ Organisationen diskutiert werden:

- ▶ Fühlt sich jede/jeder bei uns willkommen?
- ▶ Wie wertschätzend gehen wir miteinander um?
- ▶ Welches Menschenrechtliche Modell von Behinderung haben wir?

Behinderung soll neu und anders gedacht werden. Von der medizinischen Sichtweise von Behinderung, nach der Menschen mit Behinderung vor allem als medizinische Probleme, therapeutische Herausforderungen, leidende Wesen und Rehabilitationsobjekte gelten, gilt es Abschied zu nehmen. Stattdessen soll das Menschenrechtsmodell von Behinderung in den Köpfen der Menschen verankert werden. Nach diesem Modell sind es vor allem und zuerst Menschen, die eine unantastbare Würde und unveräußerliche Menschenrechte haben.

Zu Klären sind dann weitere Fragen:

- ▶ Wer hat welche Rolle und damit verbundene Aufgaben? (Ehrenamt, Leitungskraft, Besucherinnen/Besucher etc.)
- ▶ Wenn ich Bürgerbeteiligung will, wie gestaltet sich dann Veranstaltungsplanung?

Informationen zur Veranstaltungsplanung findet sich hier:

http://www.barrierefreiheit.de/handreichung_und_checkliste_f%C3%BCr_barrierefreie_Veranstaltungen.html

- ▶ Welche Kommunikationsmittel werden genutzt?
- ▶ Sind die Gebäude barrierefrei zugänglich?
- ▶ Gibt es Leitsysteme und eine klare, aussagekräftige, kontrastreiche Beschilderung?
- ▶ Welche Unterstützungsnetzwerke gibt es? (Träger mit Inklusionserfahrung, Stadtteilarbeitskreise und Initiativen etc.)
- ▶ Wie durchlässig sind meine Strukturen und wie ist die Bürgerbeteiligung gesichert?

Weitere Informationen zum kommunalem Index für Inklusion unter:

<http://www.montag-stiftungen.de/jugend-und-gesellschaft/projekte-jugend-gesellschaft/projektbereich-inklusion/inklusion-vor-ort2/praxishandbuch-ivo.html>

Oder unter:

https://www.kmk-pad.org/fileadmin/Dateien/download/VERANSTALTUNGSDOKU/Inklusion2012/Kommune_nundInklusion_Arbeitsbuch_web.pdf

Nach Abschluss der Selbstevaluation erfolgt der Einbezug der jetzigen und zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer.

Partizipation sicherstellen – Wie ermögliche ich das?

Über allen Schritten zur Umsetzung steht das Prinzip der Partizipation, d.h. bei allen Umsetzungsschritten sind die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtung, des Dienstes als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu beteiligen.

Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen erfordern dabei verschiedene Maßnahmen:

- ▶ Konzept der **Leichten Sprache** anwenden damit Menschen mit Assistenzbedarf und Lernschwierigkeiten, Menschen deren Muttersprache nicht deutsch ist, Menschen die nicht gut lesen und schreiben können, Menschen die Gebärdensprache sprechen das Angebot verstehen

weitere Informationen unter: <http://www.leichtesprache.org/>

- ▶ Barrierefreie Webseiten gestalten

weitere Informationen finden sich hier: http://www.ab-nrw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=66:was-ist-barrierefreie-informationstechnik&catid=33:bit-nrw&Itemid=61

- ▶ Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter schulen / sensibilisieren
- ▶ Mehr Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter mit Behinderung einstellen
- ▶ Bauliche Veränderungen vornehmen oder Barrieren mit kleinen Hilfestellungen überbrücken
- ▶ Mehr Kooperationen eingehen
- ▶ Barrierefreiheit im Sozialraum verbessern

weitere Informationen finden sich hier: http://www.ab-nrw.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=203&Itemid=244

- ▶ Öffentlichkeitsarbeit verbessern
- ▶ Ständige Evaluierung der Barrierearmut durchführen
- ▶ Strategien zur Besucherakquise entwickeln

Hilfe und Unterstützung vor Ort

Es wird angestrebt diese und andere Maßnahmen auch in Wuppertal erfolgreich umzusetzen um die Entwicklung zu einem inklusiven Sozialraum zu fördern.

Wuppertal verfügt über ein ausdifferenziertes Hilfesystem. In vielen Stadtteilen, Quartieren und Bereichen engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, gestalten Menschen und Organisationen den Sozialraum.

Bei der Stadtverwaltung gibt es eine Vielzahl von Kollegen/innen, die in ihrem jeweiligen Fachgebiet qualifizierte Fachleute für Fragen der Inklusion bzw. der Barrierefreiheit, mithin „Ansprechpartner für Fragen der Inklusion“ sind.

Das Inklusionsbüro der Stadt Wuppertal ist seit Anfang 2016 ein neues Angebot zur Unterstützung vor Ort.

Das Handlungsprogramm „Ein Wuppertal für Alle – Handlungsprogramm zur Wuppertaler Inklusionspolitik für die Bereich Erziehung und Bildung“. (VO/ 0535/13) wurde im September 2013 vom Stadtrat verabschiedet. Das Handlungsprogramm bildet damit die Arbeitsgrundlage zur Umsetzung der Vorgaben der UN Behindertenrechtskonvention in Wuppertal.

Das Inklusionsbüro wird zukünftig - in Kooperation mit den zuständigen Expertinnen/ Experten aus den Fachgebieten der Verwaltung – die Fortschreibung des Handlungsprogramms übernehmen.

Das Büro ist beim Ressort Soziales angesiedelt und fungiert, über die Fortschreibung von „Ein Wuppertal für Alle“ hinaus, als eine erste Anlaufstelle für Einrichtungen, Dienste, Vereine und Institutionen, die sich inklusiv weiterentwickeln wollen.

Über das Inklusionsbüro kann der Kontakt zu Fachleuten für Fragen der Inklusion innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung hergestellt werden.

Das Inklusionsbüro selber bietet Beratung und Unterstützung

- In Fragen der barrierefreien Öffentlichkeitsarbeit
- In Fragen der Initiierung von Partizipationsstrukturen
- In Fragen der Barrierefreiheit der Räumlichkeiten
- Bei der Kontaktaufnahme zu Betroffenen, weiteren Interessierten, Trägern die bereits inklusive Strukturen aufgebaut haben
- In Fragen der Finanzierung von Projekten, bei baulichen Anpassungen, Einwerben von Spendenmitteln und Fördermitteln

an.

Sie erreichen das Inklusionsbüro telefonisch in der Regel zu den Geschäftszeiten zwischen 08.30 und 17.00 Uhr. Ein Anrufbeantworter ist geschaltet, wenn Beratungen durchgeführt werden oder Außentermine dazu führen dass das Telefon nicht persönlich besetzt ist.

Das Inklusionsbüro ist über die E-mailadresse der Inklusionsbeauftragten zu erreichen:

Sandra.heinen@stadt.wuppertal.de

Impressum

Ressort Soziales

Inklusionsbüro/ Inklusionsbeauftragte

Fr. Sandra Heinen

Neumarkt 10

42103 Wuppertal

Tel: 0202 – 5632451

Fax: 0202- 5638165

E-Mail: sandra.heinen@stadt.wuppertal.de